

„Wir werden nur als Tote fortgebracht“: Die Konfrontation zwischen israelischem Staat und Beduinen im Negev

Die israelischen Behörden planen die Vertreibung von 36.000 Beduinenbewohnern aus der Wüstenregion, um sie durch jüdische Israelis sowie industrielle und militärische Projekte zu ersetzen.

Jack Dodson, middleeasteye.net, 17.01.20

Mohammad Danfiri steht am Rande des Schafgeheges seiner Beduinenfamilie in der Negev-Wüste und schaut auf ein paar Handymasten auf einem nahe gelegenen Hügel. Sie stehen an einem offenen Ort zwischen den beiden Ausgängen seines Dorfes - ein Gebiet, erklärt er, in dem eine Verlängerung von Israels wichtigster östlicher Straße gebaut werden soll.

Die Beduinen bezeichnen die temporären Unterkünfte als „Wohnwagen“, da es sich um kleine Mobilheime handelt, in denen Israel ganze Familien unterbringen will

Etwa 60 Meter von den Türmen entfernt steht eine Häuserreihe, für die die Autobahnpläne genehmigt wurden. Aber die israelische Regierung treibt die Pläne voran, um nicht nur die Bewohner zu vertreiben, die sich am nächsten zur geplanten Straße befinden.

Das gesamte 5.000-Personen-Dorf - und viele umliegende Dörfer - werden laut dem Plan der Regierung in provisorischen Wohneinheiten untergebracht werden, was ihre Möglichkeiten der Schafhaltung und Landwirtschaft stark einschränkt. Doch das ist die Haupteinnahmequelle der Beduinengemeinden.

Danfiri ist einer von mindestens 36.000 Beduinen im israelischen Negev (im Arabischen Naqab), die wegen einer Vielzahl von Projekten wie dem Autobahnausbau von der Vertreibung bedroht sind.

Zur Umsetzung dieser Entwicklungspläne, die von Regierungsstellen, dem israelischen Militär, privaten Unternehmen und gemeinnützigen Gruppen aufgestellt wurden, strebt die für diese Bevölkerungsgruppe zuständige israelische Entwicklungsbehörde für Beduinen die kurzfristige Unterbringung von Zehntausenden von Menschen an.

Die Beduinen bezeichnen die temporären Unterkünfte als „Wohnwagen“, da es sich um kleine Mobilheime handelt, in denen Israel ganze Familien unterbringen will. Seit Oktober berät ein israelischer Bezirksplanungsausschuss darüber, ob diese Umsiedlungspläne genehmigt werden sollen.

Die von der Vertreibung betroffenen Bewohner leben in Dörfern, die die Regierung als „nicht anerkannt“ betrachtet, obwohl die meisten seit der Gründung des Staates im Jahr 1948 auf oder in der Nähe ihres Landes leben. In den letzten 50 Jahren hat Israel versucht, Beduinen in „anerkannte“ Gemeinden umzusiedeln, wobei immer wieder wiederholt wurde, dass die Bewohner in nicht anerkannten Gebieten keinen Anspruch auf das Land hätten.

Als Folge davon führen die Gemeinden ein kümmerliches Leben in einem rauen Gelände. Viele hüten Schafe, um Fleischprodukte zu verkaufen. Einige schafften es, Arbeit in nahe gelegenen israelischen Unternehmen zu finden.

Keine Lösung

Danfiri, 47, erinnert sich, dass er im Dorf aufwuchs, und der einzige Brunnen ein Regenwassersammler war. Er und seine Freunde zogen das Wasser herauf, und seine Mutter benutzte ihren Schal, um den Schmutz auszufiltern. Freitags schlossen die Erwachsenen einen Fernseher an eine Autobatterie an, um Zeichentrick- und ägyptische Filme zu sehen.

„Kinder haben heute alles“, sagt Danfiri und bezieht sich dabei auf die Sonnenkollektoren, die jetzt auf vielen Beduinenhäusern angebracht sind. „Kühlschränke, Internet, alles ist vor Ort verfügbar.“

Danfiri sagte, die Beduinen würden die Transferpläne der Regierung ablehnen, um ihre Lebensweise zu retten. Wenn sie unbedingt umziehen müssen, sagt er, werden sie die „Wohnwagen“ meiden und so nah wie möglich an ihrem ursprünglichen Ort bleiben - auch wenn dieser direkt neben einer Baustelle liegt. „Wir ziehen nicht um, wir werden dagegen kämpfen“, sagt er. "Das wird nicht passieren... Ein Projekt wie dieses würde die Kultur und das Erbe der Beduinen auslöschen.“

Für eine Gemeinschaft, die sich traditionell mit einem auf der Landwirtschaft basierenden Lebensstil definiert, sind die geplanten Vertreibungen der jüngste Schritt einer jahrzehntelangen Kampagne der Regierung, die darauf abzielt, sie in bestimmten Gebieten zu konzentrieren. Für Menschen wie Danfiri bedeutet das, einen Teil ihrer Identität aufzugeben.

„Überall, wo ich hingehe, bin ich vor allem stolz darauf, Beduine zu sein. Gerade in den nicht anerkannten Dörfern bewahren die Beduinen viel stärker die traditionelle Kultur“, sagt er

Adalah, eine in Haifa ansässige NGO, die sich auf die gesetzlichen Rechte der Palästinenser in Israel spezialisiert hat, lehnt die Pläne aus mehreren Gründen ab. Zum einen, so die Organisation, seien die geplanten Wohneinheiten nach dem Gesetz nicht bezugsfähig, weil sie keine angemessene Infrastruktur und keine entsprechenden räumlichen Standards hätten.

Die NGO veröffentlichte im vergangenen Monat auch ein Weißbuch, in dem sie argumentierte, dass die Pläne eine „getrennte, aber einheitliche“ Haltung gegenüber den israelischen Bürgern im Negev darstellten.

„Ein System stützt sich auf ein Planungsnetzwerk, das zum Nutzen, zum Wohlergehen und zur künftigen Entwicklung der israelisch-jüdischen Bürger und Gemeinden arbeitet und den israelisch-jüdischen Bürger in den Mittelpunkt des Prozesses stellt“, heißt es darin. „Das zweite System stützt sich auf ein Planungsnetzwerk, das die Verdrängung und Umsiedlung von Beduinen-Bürgern in provisorische Unterkünfte anstrebt und die gesamte palästinensische Beduinen-Bevölkerung ohne ihr Einverständnis einer unterdrückerischen Praxis unterwirft“, führen sie aus.

Adalah argumentiert auch, dass der Plan die Armut unter den vertriebenen Beduinen und denjenigen, die in den Gemeinden leben, in denen die Lager errichtet werden sollen, verstärken wird, weil dies den Zugang beider Gruppen zur Arbeit beeinträchtigen kann.

Myssana Morany, eine Anwältin von *Adalah*, sagt, es sei nicht klar, wie schnell die Pläne umgesetzt und wie viele Menschen am Ende umgesiedelt werden sollen. Da der Wortlaut der Regierung in den von ihr eingereichten Plänen vage sei, sagt sie, weist er einen umfassenderen Plan hin, der bis zu 80.000 Menschen betreffen könnte. Ebenso bedeutet das Fehlen einer bestimmten Anzahl von Wohneinheiten, dass die Regierung die Möglichkeit hat, so viele Menschen zwangszuräumen, wie sie möchte. „Für uns bedeutet das, dass sie keine Lösung für die Menschen haben, die sie vertreiben wollen“, sagt Morany.

Hussein El Rafaiya, ein 58-Jähriger aus einem nicht anerkannten Dorf namens Birh Hamam, war von 2002 bis 2007 Vorsitzender des Rates, der die nicht anerkannten Dörfer vertritt. Israel erkennt die Autorität des Rates nicht an und verhandelt nicht mit ihm.

Rafaiya verwies auf Beispiele aus der Geschichte des israelischen Drucks auf die Beduinengemeinschaften, mit denen sie aus ihren Häusern verdrängt werden sollten, wie jahrzehntelange Hauszerstörungen und Vertreibungen durch die Regierung.

„Wir haben keine Möglichkeit, die Angelegenheit über die Gerichte oder die Gesetze anzugehen“, sagt Rafaiya und erklärt, dass das israelische Recht die Ansprüche der Beduinen auf Land oder Wohnungen einfach nicht anerkennt.

„Das ist nicht das Verhalten eines Staates: es ist ein kriminelles Vorgehen... All diese Anstrengungen waren jedoch aus der Sicht der Behörde für Beduinenangelegenheiten nicht effektiv genug, deshalb beschlossen sie, diese provisorischen Vertreibungslager einzurichten.“

Anfang 2020 wird das israelische Planungskomitee für den südlichen Distrikt über das weitere Vorgehen entscheiden. In den beiden vorläufigen Wohnungsbauplänen der Regierung wird die Notwendigkeit betont, die Beduinen auf der Grundlage von Entwicklungsprojekten „dringend“ zu entfernen. Aus Sicht von Menschenrechtsgruppen ist dies ein Methode, eine schnelle, aber rechtlich unwirksame Lösung zu präsentieren, um die Menschen zu vertreiben.

Ausbau der Präsenz

In den vergangenen Jahren hat das israelische Militär Basen in die Negev verlegt, um die militärische und industrielle Präsenz dort auszubauen und die Einwohnerzahl zu erhöhen. Die Regierung hat auch einige Mittel investiert, um die größte Stadt des Südens, Be'er Sheva, dabei zu unterstützen, sich als Zentrum für Technologie und Unternehmertum zu profilieren.

Die Negev hat sich zu einem Standort für eine Vielzahl von Projekten entwickelt, darunter Solarparks, Kraftwerke, Gewächshäuser und andere Industrialisierungsmaßnahmen. Die Regierung hat ihr Bestreben der Förderung des Anbaus medizinischer Marihuana-Kulturen, der Industrie und der Cyber-Verteidigung zum Ausdruck gebracht, indem sie Zuschüsse und Subventionen einsetzte.

Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums gibt es die Absicht, mit dem Silicon Valley konkurrieren.

Einer der Hauptakteure in diesem Prozess ist der Jüdische Nationalfonds (JNF), eine in den USA und in Jerusalem ansässige Organisation, die von der israelischen Regierung die Befugnisse für den Kauf und die Erschließung von Land für jüdische Siedlungen erhalten hat.

Sie managt viele Projekte in der gesamten Region und räumt oft riesige Landflächen für die Pflanzung von Wäldern leer. Einige nicht anerkannte Beduinengemeinschaften befinden sich in Gebieten, die wegen JNF-Projekten beseitigt werden sollen.

Auf der Website des JNF, auf der das Negev-Konzept vorgestellt wird, beschreibt dieser einen Plan zur Ansiedlung von 500.000 Menschen aus anderen Teilen der Region.

„Die Negev-Wüste macht 60 Prozent der Landmasse Israels aus, aber sie beherbergt nur 8 Prozent der Bevölkerung des Landes“, heißt es. „Und in diesen ungleichen Zahlen sehen wir eine noch nie dagewesene Chance für Wachstum.“

Der „Blueprint Negev“-Plan des JNF stellt die vordringliche Priorität zur Unterstützung der Beduinengemeinschaften in der Region heraus, führt aber nur Partnerschaften mit anerkannten Beduinenstädten auf. Ein JNF-Sprecher reagierte nicht auf eine per E-Mail gesendete Bitte um Stellungnahme.

Thabet Abu Rass, der Ko-Direktor der Abraham-Initiativen, einer NGO, die sich auf politische Rechte in Israel konzentriert, sagte, er sei mit dem Plan der Regierung vor allem deshalb nicht einverstanden, weil er die Bedürfnisse der Beduinengemeinschaft nicht berücksichtigt.

„Das ist eine andere Begrifflichkeit, um die Entwurzelung von Menschen zu beschreiben. Es geht hier um die Entwurzelung von Menschen“, sagte Rass.

„Die israelische Regierung investiert viel Geld in die Planung. Einerseits ist es gut, für die Menschen zu planen, aber es ist nicht gut, gegen ihren Willen zu planen... die Beduinen haben nichts zu sagen.“

Rass erinnerte an etliche Fälle, in denen die israelische Regierung Pläne für den Negev aufgestellt hatte, ohne die Beduinen zu konsultieren und ohne ihre Ansprüche auf Land zu akzeptieren oder auch nur zu thematisieren.

„Die Landfrage in Israel ist ideologisch motiviert“, sagte Rass. „Israel definiert sich selbst als jüdischer Staat, und es ist wichtig für sie, dass sie immer mehr Land kontrollieren.“

Für Rafaiya sind die Pläne schlichtweg inakzeptabel. Die Beduinen aus bekannten Gemeinden werden sich nicht vom Fleck rühren, sagte er.

„Dieser Plan ist eine Katastrophe für uns“, sagt Rafaiya. „Der Staat kann kommen und Häuser und Gemeinden abreißen. Aber wir werden nur als Leichen weggebracht, wir werden auf unserem Land begraben.“

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

<https://www.middleeasteye.net/news/we-will-only-be-moved-bodies-israel-and-bedouins-face-negev>